



Ehrenpreis
der Freien Berufe
2007

**VERBAND
FREIER
BERUFE IN
BAYERN E.V.**



Verleihung des
Ehrenpreises der Freien Berufe
am 11. Juli 2007 an
Dr. Dr. h.c. Hildegard Hamm-Brücher

Inhaltsverzeichnis

Ehrenpreis der Freien Berufe 2007

Begrüßung

Dr. Fritz Kempfer

Vizepräsident des Verbandes Freier Berufe in Bayern e.V.

Seite 5

Laudatio

Dr. Wolfgang Heubisch

Präsident des Verbandes Freier Berufe in Bayern e.V.

Seite 7

Dank der Preisträgerin

Dr. Dr. h.c. Hildegard Hamm-Brücher

Seite 21

Tag der Freien Berufe in Bayern, 11. Juli 2007

Vortrag

Demokratie und Verbände – Zwischen Lobbyismus
und Gemeinwohl

Rechtsanwalt Peter Knüpper

Generalsekretär des Verbandes Freier Berufe in Bayern e.V.

Seite 29

Begrüßung



Dr. Fritz Kempter

Vizepräsident des Verbandes Freier Berufe in Bayern e.V.

39 Organisationen sind Mitglieder im Verband Freier Berufe in Bayern. Sie üben die ihnen teilweise gesetzlich übertragene, teilweise mit der Mitgliedschaft verbundene Selbstverwaltung ihrer Mitglieder verantwortungsbewusst und dem Gemeinwohl dienend aus. Das zeigt das überproportionale Ansteigen der in den freien Heil- und Gesundheitsberufen, den technischen, den rechts- und steuerberatenden oder künstlerischen Berufen tätigen Menschen. Dieses Faktum nimmt die Allgemeinheit, insbesondere aber auch die Politik, viel zu wenig wahr oder – wollen sie es nicht wahrnehmen?

In einer Zeit, in welcher Ethik und Fairness selbst im Sport durch Kommerz und Gier nach Sensationen aufs Höchste gefährdet sind, kommt zwei Kriterien, die neben anderen den Freien Beruf charakterisieren, besondere Bedeutung zu. Diese sind das spezifisch wertorientierte Selbstverständnis des Berufes und die Verpflichtung gegenüber dem Allgemeinwohl. Das Berufsethos basiert auf einem hohen Grad von Professionalität und der eigenverantwortlichen, persönlichen und fachlich unabhängigen Leistungserbringung. Zum Ausdruck kommt es in der persönlich beratenden, behandelnden, planenden und gestaltenden Tätigkeit, deren Dreh- und Angelpunkt immer der Mensch ist.

Eigenverantwortung und Selbstdisziplin – gepaart mit dem notwendigen Altruismus – sind Eigenschaften, die auch heute noch jedem Suchenden den Weg zu einem Freien Beruf aufzeigen. Kommt der notwendige Mut hinzu, ist die Erfüllung nicht nur in der Berufsausübung, sondern auch im erkennbaren und anerkannten

Nutzen für die Allgemeinheit garantiert. Dass die Charakteristika der Freien Berufe ihre Anziehungskraft auf die Berufsanfänger nicht verloren haben, wird durch die ständig steigende Zahl der freiberuflich Tätigen bewiesen. Dass die Werte der Freien Berufe auch in einer vom Wettbewerb geprägten Gesellschaft unabdingbar und deren spezielle Freiheitsrechte Ausdruck des konstitutionellen Freiheitsbegriffes in Deutschland sind, wollen wir mit der Verleihung des Ehrenpreises der Freien Berufe einmal mehr zeigen.

Laudatio



Dr. med. dent. Dipl. Kfm. Wolfgang Heubisch Präsident des Verbandes Freier Berufe in Bayern e.V.

Zum zweiten Mal verleiht der Verband Freier Berufe in Bayern in diesem Jahr seinen Ehrenpreis. Nach dem Architekten und politischen Zeichner Ernst-Maria Lang fiel die Wahl des Präsidiums auf die ehemalige Staatsministerin im Auswärtigen Amt, die langjährige Landtags- und Bundestagsabgeordnete, die engagierte Liberale, Hildegard Hamm-Brücher.

Wir fühlen uns geehrt, dass Sie, liebe Frau Hamm-Brücher, diese Auszeichnung in Empfang nehmen; Sie zeichnen uns, den Verband Freier Berufe in Bayern, damit ebenso aus.

Bewusst haben wir diesen kleinen Festakt verbunden mit dem diesjährigen Tag der Freien Berufe, dessen Motto: „Zwischen Lobbyismus und Gemeinwohl“ einen gedanklichen Brückenschlag ermöglicht zu Ihrem über fünf Jahrzehnte währenden politischen Engagement, sehr verehrte Frau Hamm-Brücher.

Dass Sie Ihre spätere Karriere als Freiberuflerin, nämlich seit Herbst 1945 als Journalistin für die „Neue Zeitung“ in München, begonnen haben, stellt einen wichtigen Bezug zu jenen Berufsgruppen her, die sich im Verband Freier Berufe organisiert haben, wobei Sie es mir hoffentlich nicht verübeln, wenn ich dies zugleich als Einladung zur Mitgliedschaft im VFB an jene Organisationen formulieren möchte, die das Anliegen eines unabhängigen Journalismus vertreten.

Doch nun zu unserer Preisträgerin. Hildegard Brücher wurde am 11. Mai 1921 in Essen geboren. Sie erinnert sich in ihrem Buch „Freiheit ist mehr als ein Wort“ an

früh erkennbare, sportliche Leidenschaften und ihre Lesewut. Ersteres wird belegt mit einem Sprung vom 10-Meter-Turm des idyllischen Familienschwimmbades „Krumme Lanke“ in Berlin-Wannsee im zarten Alter von sechs oder sieben Jahren; letzteres manifestierte sich im Gedichteschreiben und -aufsagen, Verfassen eigener Theaterstücke und Aufsätze.

Die kleine bildungsbürgerlich-wohlhabende Familienwelt wird im Dezember 1931 durch den Tod des Vaters und ein knappes Jahr später den der Mutter erschüttert. Gemeindepfarrer Martin Niemöller sagt am Grab: „Gott legt uns eine Last auf, aber er hilft uns auch.“ Hildegard Hamm-Brücher spricht rückblickend von tiefen Rissen und Narben, die der jähe Verlust der Eltern in der kindlichen Psyche hinterlassen hat. Ihre Trauer verbarg sie nach eigenen Worten „hinter äußerer Tapferkeit und Forscheit“.

Die Oma in Dresden nimmt sich der drei jüngeren Brücher-Kinder nach 1933 an, Hildegard Brücher wird dort in die Quarta des Mädchengymnasiums eingeschult. Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten wird auch diese Idylle zerstört, zu der die Pfadfinderei ebenso zählte, wie die erfolgreiche Teilnahme an Jugendwettkämpfen im Schwimmen, die sogar zu einer Empfehlung zur Olympiade 1940 in Tokio führten. Nach den Nürnberger Gesetzen galten die Großeltern als Juden; nach 1935 waren die Enkel als sog. „Halbjuden“ ebenso von diesen Gesetzen betroffen.

In dieser Situation empfahlen Freunde der Familie das Internat Schloss Salem am Bodensee, wo Hildegard Brücher ab Ostern 1937 die Schulbank drückte. Auch diese Zeit fand durch einen NS-Erlass schon ein Jahr später ein Ende; Hildegard Brücher wechselte zum Mädchen-Real-Gymnasium in Konstanz, wo sie 1939 ihr Abitur – mit noch nicht 18 Jahren – bestand.

Was folgte, war der Arbeitsdienst – „inkl. Rassenlehre, Sing-Sang, Appelle, paramilitärischer Drill“. Als die Lagerführerin kurz vor Weihnachten 1939 verkündete, dass Abiturientinnen, die Medizin oder Chemie studieren wollten, vorzeitig entlassen würden, ergriff Hildegard Brücher ihre Chance. Als Chemie-Studentin wurde sie in München immatrikuliert. Der Nobelpreisträger Heinrich Wieland wurde ihr Lehrer und später auch ihr Doktor-Vater. Trotz Repressalien und Krieg promovierte Sie 1945, sehr verehrte Frau Hamm-Brücher – die mündlichen Prüfungen fanden im Luftschutzkeller statt.

In dieser Zeit begegnete Sie Thomas Dehler, der im gleichen Lager interniert war wie Ihre beiden zwangsrekrutierten Brüder. Das Bild hat starke Symbolkraft, das Sie in Ihren Erinnerungen zeichnen: „Er, erschöpft einen kleinen Leiterwagen mit Holz ziehend, sie, erschöpft unter der Last ihres Rucksacks“, mit dem Sie Lebensmittel für Ihre Brüder einschmuggeln wollten.

Sie waren 24 Jahre alt, als der Krieg endete und Sie sich aus Bedrängnis, Ängsten und Unfreiheit erlöst fühlten. Dieses Gefühl hat Wolfgang Borchert beschrieben:

„Wir sind eine Generation ohne Abschied ..., aber wir wissen, dass alle Zukunft vor uns liegt ... Wir sind voller Anknüpfung unter einer neuen Sonne, zu neuen Herzen ... voller Anknüpfung zu einem neuen Leben, zu einem neuen Lachen, zu einem neuen Gott ...“.

Erich Kästner, dem Sie als Feuilleton-Chef der „Neuen Zeitung“ dann persönlich begegneten, hat es so formuliert:

„Das Leben ist gerettet, mehr braucht es nicht, um neu zu beginnen.“

Was Theodor Heuss, Ihr späterer Mentor, den Deutschen ins Stammbuch schrieb:

„Mit der Flucht in Illusionen und mit Ausreden vor der deutschen Vergangenheit und Zukunft ist es nicht getan ...“

wurde für Sie, sehr verehrte Frau Hamm-Brücher, zur politischen Maxime.

Sie begannen – wie bereits erwähnt – als Journalistin bei der „Neuen Zeitung“ in München. Hans Habe war der erste Chefredakteur. Sie begegneten Peter Boenisch als Jung-Redakteur und vielen anderen, darunter Walter von Cube, dem späteren Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks, sowie den Schriftstellern Alfred Andersch und Hans-Werner Richter. Aber auch Robert Lemke, Walter-Maria Guggenheimer, Eugen Kogon, Walter Dirks, Fritz Kortner und später Karl Zuckmayer gehörten zu den Autoren.

Ihr Leben änderte sich mit der Kandidatur für den Münchener Stadtrat im Mai 1948. Mit Fug und Recht darf man keinen geringeren als Theodor Heuss zu den Protagonisten dieser Kandidatur zählen. Der hat Ihnen im Oktober 1946 den Anstoß für Ihr aktives, politisches Engagement gegeben. Was hat er nach einem Interview mit der jungen Redakteurin Brücher gesagt? „Mädle, Sie müsset in'd Politik!“

Hören wir kurz hinein in Ihre erste Wahlrede bei Radio München am 18. Mai 1948, ich zitiere:

„Es wird bei einer liberalen Kommunalpolitik vor allem um die Entlastung und Ermutigung des geplagten Bürgers gehen; gleichermaßen geplagt von staatlicher, städtischer und sonstiger Verwaltungsbürokratie, von unfreundlicher Vernachlässigung oder gar Missachtung des Individuums.“

Kein Zweifel, hier spricht die Freiberuflerin und engagierte Liberale. Aber es waren auch erste Ansätze der späteren Bildungspolitikern Hamm-Brücher erkennbar.

Zitat:

„Ich möchte soweit gehen zu sagen, dass alle städtischen Büros und Ämter nicht eher mit Besen, Eimern und Putz Lumpen versorgt werden dürfen, als bis nicht die letzte Schule mit diesen Utensilien ausgestattet ist ...“

Sie wurden gewählt und Sigi Sommer, der „Spaziergänger“ der „Münchner Abendzeitung“, kürte Sie zur „Miss Stadtrat“ und schrieb:

„Kurz gesagt: Fräulein Stadtrat Brücher, die Journalistin und bestrickend elegante und junge Stadtmutter, hat das ‚Geriß‘ im hohen Haus des Münchner Kindls. Sogar der ‚parteilose Katholik‘, der sonst völlig unerbittliche Gritschneider, der auf das umschwärmte Bankerl platziert wurde, lächelt ihr gelegentlich huldreich zu und ist mit seinem ‚Nebenan‘ sichtlich zufrieden.“

Dass Sie nicht nur politisch reüssierten, sondern auch persönlich, ist bekannt. So lernten Sie den schon seit August 1945 tätigen, berufsmäßigen CSU-Stadtrat Dr. Erwin Hamm, Ihren späteren Ehemann, kennen. Rückblickend fällt Ihre Einschätzung der eigenen politischen Fähigkeiten eher nüchtern aus: „Ich war eine Frau und hatte von Politik keine Ahnung.“ Doch zählt zu der bitteren Bestandsaufnahme auch Ihre Feststellung, dass die dreifache Katastrophe des verlorenen Weltkrieges, nämlich Zerstörung und Zerstückelung der Nation, einhergehend mit Verlust an Identität, dann Schuld und Mitverantwortung für Auschwitz und schließlich die negative Demokratie-Erfahrung im Scheitern von Weimar, letztlich von Männern verursacht worden war.

Im Übrigen galt, was Sie später in einem Brief an Ihre Freundin Gerty Spies so formulierten: „Emanzipation erfordert und schafft Widerstandskraft.“ Letzteres besorgte unter anderem die CSU. Früh haben Sie erfahren, dass „Politik nicht eine Veranstaltung von Weihrauchdüften“ ist, so wie es Theodor Heuss einmal formuliert hat.

„Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit“, ein Zitat aus einem Flugblatt der „Weißen Rose“, wurde Ihr Motto. Sie wollten als Zeitzeugin, als Überlebende ein Leben im Sinne jener Mitstudenten an der Münchner Universität führen, die sich gegen Unrecht, gegen Diktatur, gegen die Vergewaltigung der Menschenrechte gewandt hatten und dafür mit dem Leben büßen mussten. „Ihr Vermächtnis“, so haben Sie formuliert, „hat meine politischen Überzeugungen und Einstellungen geprägt und mein politisches Denken und Handeln bestimmt“ („Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit“, Die „Weiße Rose“ und unsere Zeit, 1997, Seite 25).

„Nichts gibt es ohne Freiheit“. Sie wollten sich Zeit Ihres Lebens „für die Freiheit und Würde“ des Menschen einsetzen“. Rückblickend kann man sagen: Der Einsatz hat



Prof. Dr. Dr. Eckhard Nagel
Arno Metzler
Peter Knüpper



Martin Zeil, MdB
Dr. Hildegard Hamm-Brücher
Dr. Wolfgang Heubisch



Dr. Hildegard Hamm-Brücher
Dr. Wolfgang Heubisch

sich gelohnt. So wie Sie sich ein Beispiel nahmen, haben Sie selbst Beispiel gegeben. „Nichts gibt es ohne Freiheit: keine Menschenwürde und keine Solidarität, keine Gerechtigkeit, keine Selbstbestimmung und Selbstverantwortung, keine Vielfalt und Toleranz“ (Freiheit ist mehr als ein Wort, Seite 15).

Von 1948 an wurde für Sie, sehr verehrte Frau Hamm-Brücher, Politik zum Beruf. 1949 nutzten Sie ein Harvard-Stipendium für erste Kontakte zu den Vereinigten Staaten. Zurück in München zogen Sie 1950 für die FDP in den Bayerischen Landtag ein. Als Frau, jung, „Preußin“, Protestantin, feurige Demokratin mit amerikanischem Flair, waren Sie dort ein Exot. Unter 204 Abgeordneten gab es nur vier Frauen.

Lassen Sie mich eine kleine Episode aus Ihrer Parlamentsarbeit zum Besten geben:

Folgendes weiß die „Münchner Abendzeitung“ am 28. Oktober 1959 zu berichten, ich zitiere: „Mit einem dutzend Semmeln und einer Briefwaage kam Frau Dr. Hildegard Hamm-Brücher, FDP-Abgeordnete, gestern in den Landwirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags. Sie forderte ein Mindestgewicht für Semmeln. Vor den Augen der Abgeordneten wog sie die Semmeln auf ihrer Briefwaage. Die leichteste Semmel wog 36 Gramm, die schwerste 51 Gramm. ... Die Hausfrau erwartet für ihre 8 Pfennig eine Semmel von 50 Gramm“, sagte Frau Brücher. „Eine Semmel mit 40 Gramm ist eine Übervorteilung des Kunden.“

In einem weiteren Antrag im Bayerischen Landtag forderten Sie eine Verordnung über eine klare Unterscheidung zwischen Frisch-, Kühlhaus- und Lagerbutter und schließlich, dass der Höchstgehalt an Wasser in der Butter auf 16 Prozent festgesetzt werde. Es besteht wohl kein Zweifel, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass diese beiden Anträge den Beginn der Verbraucherschutzpolitik in Bayern markieren.

Was aber bereits zu dieser Zeit Ihr politisches Engagement prägte, war der Kampf für ein neues, demokratisches Bildungssystem. Sie selbst beschreiben die 50iger Jahre als „die restaurativsten in der Geschichte der Bundesrepublik“. Insbesondere das überlieferte, ständische, deutsche Schulsystem forderte Sie heraus.

Zu dieser Facette Ihrer Persönlichkeit, liebe Frau Hamm-Brücher, lese ich in einer kleinen Festschrift Ihrer Familie zu Ihrem 70-sten Geburtstag: „Erziehen tut sie für ihr Leben gern: Parlamente, Familie, Fraktionen, Parteien usw. usw. und zwar mit unermüdlichem Einsatz und bemerkenswerter Fähigkeit, manchmal aber nur mit mäßigem Erfolg ...“

Einen nachhaltigen Erfolg hatten Sie in der sogenannten „Vierer-Koalition“ (unter Beteiligung der FDP) unter dem SPD-Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner. Im

April 1956 brachten Sie das Gesetz über die Errichtung einer Akademie für Politische Bildung in den Bayerischen Landtag ein. Deren 50-jähriges Bestehen wurde vor drei Wochen festlich begangen. Erste und wichtigste Aufgabe der politischen Bildung sei, so sagten Sie damals, „das ‚Wesen des Demokratischen‘ anschaulich zu machen und ein lebendiges Verhältnis zwischen dem Staatsbürger und den politischen Einrichtungen des Staates herzustellen und zu pflegen.“ Das hat an Aktualität wahrlich nichts verloren.

1966 scheiterte die FDP bei den Wahlen zum Bayerischen Landtag an der damals noch geltenden 10-Prozent-Hürde. In Ihrem Münchner Stimmkreis hatten Sie 13,6 Prozent der Wählerstimmen erzielt; auf der Liste erreichten Sie fast doppelt so viele Stimmen, wie alle übrigen Kandidatinnen in München und Oberbayern.

Doch die Zeit des politischen Vorruhestandes währte nur kurz.

Ministerpräsident Georg August Zinn in Hessen berief Sie zur Parlamentarischen Staatssekretärin im Kultusministerium. So stürzten Sie sich – nunmehr als Beamtin – in die Schulpolitik, unternahmen erste Gehversuche in Richtung freiwillige Gesamtschule, versuchten die Lehrerausbildung zu reformieren und machten Erfahrungen mit Schülermitverwaltung. In Ihren Erinnerungen taucht der Begriff des „Teach-In“ (Anfang 1968) auf. In dieser bewegten Zeit erschienen zwei kleine Büchlein mit den Titeln „Über das Wagnis von Demokratie und Erziehung“ und „Schule zwischen Establishment und APO“. Sie beschreiben ein an demokratischen Ansätzen orientiertes System für das Bildungswesen in Deutschland. An einer Stelle zitieren Sie den Deutschen Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen, wonach nur der ein gebildeter Mensch sei, der „in der ständigen Bemühung lebt, sich selbst, die Gesellschaft und die Welt zu verstehen und diesem Verständnis gemäß zu handeln“.

Insbesondere an dieser Stelle, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird deutlich, warum der Verband Freier Berufe in Bayern Frau Dr. Hildegard Hamm-Brücher den Ehrenpreis für ihr Wirken in Politik und Gesellschaft zugesprochen hat: Bildung zählt zur Strukturqualität freiberuflicher Tätigkeit. Manche von uns, die wir heute hier sitzen, wären ohne das Engagement für ein auf Chancengerechtigkeit ausgerichtetes Bildungssystem wahrscheinlich nicht in den Genuss ihrer akademischen Ausbildung gekommen. Zumindest jedoch wären Widrigkeiten zu überwinden gewesen, die den Einzelnen möglicherweise überfordert hätten. In unserer Erklärung „Bildung fördert Selbstverantwortung und Gemeinschaftsorientierung“ vom Oktober 2004 haben wir es im Verband Freier Berufe so formuliert: „Durch Aus-, Fort- und Weiterbildung entfalten Menschen persönliche Anlagen, die dazu befähigen, an Arbeitswelt und Kultur teilzuhaben, sowie

Bereitschaft zu Selbstverantwortung und Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen.“

Dabei ging es Ihnen, sehr verehrte Frau Hamm-Brücher, nicht um Nivellierung. Auch für Sie zählte – nicht zuletzt vor dem persönlichen Hintergrund – Leistung, auch wenn es „Zeter und Mordio“ gab, so die Fuldaer Zeitung am 8. Dezember 1968 angesichts Ihrer Forderung, dass Lehrer ihre Arbeitszeit ganzzeitig ableisten sollten.

Nach den Bundestagswahlen im Herbst 1969 wechselten Sie nach Bonn. Walter Scheel bot Ihnen das Amt einer beamteten Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft an. In bekannter Manier stürzten Sie sich in die Arbeit, die unter der bildungspolitischen Maxime des Kanzlers Willy Brandt in dessen Regierungserklärung stand: „Die Schule der Nation ist die Schule.“ Sie haben gesagt: „Die Schule der Demokratie ist die Schule.“ Das trifft es, auch aus meiner Sicht, präziser.

1970 legten Sie den ersten Bildungsbericht vor, eine gesamtstaatliche Konzeption für ein offenes, chancengerechtes und demokratisches Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung. Als ich Anfang Juni diesen Jahres die Überschrift im „Münchener Merkur“ las, dass die CSU heute ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschule fordert, ist mir erneut deutlich geworden: Sie waren Ihrer Zeit weit voraus!

Dennoch: Auch in der sozial-liberalen Koalition stand das Thema Bildungspolitik nicht an der Spitze der politischen Agenda. Daran änderte auch der 1972 erarbeitete Hamm-Brücher-Plan nichts, der eine Alternative zum damals eingeführten Zulassungssystem für Studienplätze in sog. „Numerus-Clausus-Fächern“ (vor allem für Medizin) formulierte.

So zogen Sie sich – frustriert – 1972 wieder nach Bayern zurück, wo Sie nach einem legendären Wahlsieg bei den Bayerischen Landtagswahlen im November 1970 ein Landtagsmandat errungen hatten. Rückblickend lässt sich sagen, dass Franz-Josef Strauß einer Ihrer besten Wahlhelfer war, nicht allein weil er die FDP als überflüssig „wie einen Kropf“ titulierte, sondern sie zugleich mit der Verbalinjurie „Krampfhenne“ bedachte, was Ihrer Popularität weiteren Auftrieb verschaffte.

Auch wenn Sie bereits seit 1972 stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP waren, so gingen die bundespolitischen Entscheidungen doch – nach Ihren eigenen Worten – weitgehend an Ihnen vorbei. Das änderte sich, als Sie 1976 als Bundestagsabgeordnete nach Bonn zurückkehrten. Sie selbst nennen dies einen „Flucht-Sprung vom 10-Meter-Brett“. Unter Hans-Dietrich Genscher wurden Sie

Staatsministerin im Auswärtigen Amt. Die folgenden Jahre waren geprägt von einer unermüdlichen Reisetätigkeit, hier insbesondere bemüht um die Stärkung auswärtiger Kulturbeziehungen.

Das Jahr 1982 stellte eine Zäsur in Ihrem politischen Leben dar. Die FDP wechselte die Seiten der Koalition. Ihre persönliche Erklärung zur Abstimmung vom 2. Oktober 1982 lässt den schweren, persönlichen Gewissenskonflikt erahnen, vor dem Sie standen. Ein Konflikt, von dem Max Weber sagt, wer Politik als Beruf betreibe, müsse sich „seiner Verantwortung für das, was aus ihm selbst unter ihrem Druck werden kann, bewusst“ sein. Sie waren sich dessen mehr als bewusst, als Sie vor dem Deutschen Bundestag sagten, ich zitiere:

„Partei- und Fraktionssolidarität, die Loyalität zu dem Vorsitzenden, für mich persönlich vielleicht auch der freiwillige Verzicht auf ein sehr schönes und sehr wichtiges Amt, dies alles steht versus persönlicher und politischer Verantwortung, Zuverlässigkeit, Glaubwürdigkeit.“

Ihre Sorge um verlorengehendes Vertrauen in die Politik gipfelte in dem Satz: „Ich finde, dass beide dies nicht verdient haben: Helmut Schmidt, ohne Wählervotum gestürzt zu werden, und Sie, Helmut Kohl, ohne Wählervotum zur Kanzlerschaft zu gelangen.“ Dieser Satz beendete ebenso wie der Hinweis auf „das Odium des verletzten, demokratischen Anstands“ Ihre bundespolitische Karriere für die nächsten 16 Jahre. Sie gerieten in die Rolle der Außenseiterin, auch in der eigenen Partei. Dies ging bis zur Erwägung des Fraktionsausschlusses. So schreiben Sie in Ihren Erinnerungen: „Seit der ‚82er-Wende‘ und der nachfolgenden ‚Aus-Zeit‘ habe ich nie wieder zu meiner früheren, unbefangenen Identifikation mit der jeweiligen Parteispitze und Fraktion zurückgefunden. Ich verstand mich als ‚loyale Dissidentin‘“. (Freiheit ist mehr als ein Wort, Seite 281).

Es spricht für Ihre Zähigkeit im Verfolgen politischer Ziele – Max Weber spricht von Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß, die den hauptberuflichen Politiker entscheidend sind –, dass Sie dennoch nach 1987 zur außenpolitischen Sprecherin der Fraktion avancierten. Neben der Politik engagierten Sie sich in dieser Zeit im Präsidium des Evangelischen Kirchentages, gemeinsam mit Richard von Weizsäcker, auch in Kontakt mit den Bürgerrechtlern in der damaligen DDR.

Am 20. September 1990 hielten Sie im Deutschen Bundestag Ihre Abschiedsrede. Anlass war die Verabschiedung des Vertrages über die „Herstellung der Einheit Deutschlands“, eine weitere wichtige Zäsur nicht nur in Ihrem politischen Leben, sondern in der Geschichte unseres Landes, die Sie als Zeitzeugin an so vielen entscheidenden Weggabelungen mitgestaltet haben.



Das „Leben in wachsenden Ringen“ bescherte Ihnen im Jahre 1994 ein kurzzeitiges, allerdings bedeutsames „Comeback“. Ihre Partei, die FDP, nominierte Sie als Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten. Und erneut entschlossen Sie sich zum Sprung in unbekanntes Gewässer. Das Ergebnis ist bekannt, wobei nicht vergessen ist, dass die Parteiführung der FDP Sie nach dem zweiten Wahlgang „aus dem Rennen zog“ – über die Gründe zu spekulieren, steht mir an dieser Stelle nicht zu. An dieser schwierigen Soll-Bruch-Stelle haben Sie sich dem Votum Ihrer Partei, Ihrer Fraktion gebeugt und damit widerlegt, was die „Stuttgarter Zeitung“ einmal geschrieben hat, dass Sie nämlich so liberal seien, dass Ihnen sogar Parteidisziplin und Fraktionszwang fremde Begriffe sind. Sie haben damals auch gezeigt, was es bedeutet, in der Sache hart für eigene Überzeugungen zu kämpfen, nicht aber der Eitelkeit des Politikers zu unterliegen, „möglichst sichtbar in den Vordergrund zu treten“, eine Eigenschaft, die nach Max Weber entweder zu Unsachlichkeit oder aber Verantwortungslosigkeit führt (Politik als Beruf, 1919). In Ihren Erinnerungen haben Sie das Bild gewählt, dass es beim Geräteturnen eben nicht nur auf die Leistung am Reck oder Barren ankommt, „sondern auch der Abgang vom Gerät und die Haltung im Stand bewertet werden“.

Was war es zusammengefasst, das Ihr politisches Engagement, Ihr Leben in der und für die Politik so beispielhaft, so auszeichnungswürdig gemacht hat? Die Antwort geben Sie selbst, sehr verehrte Frau Hamm-Brücher, in dem Sie immer wieder Karl Popper zitieren, nicht nur aus den Irrtümern unserer Geschichte zu lernen, sondern – Zitat – „auch als politisch denkende Menschen die sinnlose Tragik der Geschichte als eine Aufforderung (zu) empfinden, unser Bestes zu tun, um die künftige Geschichte sinnvoller zu machen“. Sie, verehrte Frau Hamm-Brücher, haben dies ganz und gar verinnerlicht, auch im Sinne von Niklas Luhmann, wonach politisches Nichthandeln politisch ebenso relevant ist, wie politisches Handeln (Staat und Politik, 1984).

Statt nach dem verborgenen Sinn der Geschichte zu fragen, haben Sie Ihrer und unserer Geschichte einen Sinn gegeben. Dabei setzten Sie auf die Wirkung glaubwürdiger Zeitzeugen, denen es – so schreiben Sie in einem Brief an Freya Moltke zu deren 90. Geburtstag – „soviel nachhaltiger gelingt, mehr faktische und emotionale Botschaften vor allem an junge Menschen zu übermitteln, als alle noch so gut gemeinte, wissenschaftlichen Vorträgen oder Büchern.“ Exempla trahunt.

Stets lautete Ihr Credo, die politische Entfremdung zwischen Wähler und Gewähltem zu überwinden, unsere demokratische Kultur zu erneuern und die Glaubwürdigkeit der Politik wieder herzustellen. Dabei mahnen Sie stets, dass unsere Staatsform keine „Zuschauerdemokratie“ sei, sondern eine „Bürgerdemokratie“, die von uns allen aktives Engagement für das Gemeinwohl

fordert. Sie sei, wie Heuss es formuliert hat, „keine Glücksversicherung, sondern das Ergebnis politischer Bildung und demokratischer Gesinnung“. In diesem Sinne haben Sie 1964, wenige Monate nach seinem Tod, die Theodor-Heuss-Stiftung gegründet, deren langjährige Vorsitzende Sie waren und der Sie sich auch heute noch tief verbunden fühlen.

Ich möchte meine Laudatio schließen mit einem weiteren Satz von Theodor Heuss, der sich – ungewöhnlich genug – 1962 als Alt-Bundespräsident als Ihr persönlicher Wahlhelfer an die Wahlberechtigten in Bayern wandte, nachdem Sie Ihre damalige Partei oder anders: die damals kurzzeitig tonangebenden Männer in Ihrer Partei nur auf den 17. Listenplatz für die Landtagswahl gesetzt hatten. Das spätere Ergebnis weist Sie als „shooting star“ aus: Sie waren von den Wählern auf den ersten Platz „gehäufelt“ worden. Was Heuss damals schrieb, will auch ich gerne für den Verband Freier Berufe in Bayern unterschreiben und feststellen:

„Alle persönlichen Begegnungen mit Dr. Hamm-Brücher haben bei mir den Eindruck einer Frau hinterlassen, die ihrer öffentlichen Pflicht mit innerer Freiheit zu genügen bemüht blieb und ihr zu genügen verstand.“

VERBAND
FREIER
BERUFE IN
BAYERNE.V.

Für hervorragende Verdienste um die
Förderung der Freiberuflichkeit in einer
freien Gesellschaft verleiht der Präsident
des Verbandes Freier Berufe in Bayern

Frau
Dr. Dr. Hildegard Hamm-Brücher

den
Ehrenpreis der Freien Berufe.



Der Präsident

München, 11. Juli 2007

Dank



Dr. Dr. h.c. Hildegard Hamm-Brücher

Danksagung anlässlich der Verleihung des
mir zuerkannten Ehrenpreises des Verbandes Freier
Berufe in Bayern am 11. Juli 2007

Politik als Freier Beruf ... eine Bilanz

I. Über mein Politikverständnis – Theorie und Praxis

Politik als Freier Beruf ... welch ein seltsamer Titel für eine Danksagung, vielleicht erscheint er sogar – nach dem bisher Gesagten – ein wenig deplaziert?!

Dennoch: Ich habe ihn nicht ohne Grund gewählt, weil ich mit meinem kleinen Beitrag nicht nur meinen Dank für die mir zuerkannte Ehrung abstellen möchte, sondern dabei auch über eine Art Verwandtschaft zwischen Ihrem Berufsverständnis und meinem eigenen sprechen möchte. Ich begründe dies damit, dass ich mein lebenslanges politisches Engagement stets (und bis heute) nicht gemäß einer festgelegten Berufsordnung ausgeübt, sondern als einen freien, als einen äußerlich und innerlich freien, d.h. für mein Tun und Lassen selbstverantwortlichen Beruf verstanden habe. – Nach den Zwängen und Schrecknissen der NS-Diktatur wollte ich – von Anbeginn, d.h. seit 1948 – dazu beitragen, dass sich eine Menschen, Recht und Freiheit verachtende Diktatur in unserem Land nie wiederholen kann!

Wie aber könnte das angesichts der Trümmer aller materiellen und ideellen Besitztümer, aller Werte und Ordnungen, oft sogar des Verlustes der Heimat, gelingen? Ich suchte nach Orientierung und fand sie bei Theodor Heuss, unserem späteren ersten Bundespräsidenten, dem ich 1946 erstmals begegnet war. Nach seiner Wahl am 12. September 1949 hat er mir diese Orientierung mit auf den Weg gegeben, als er sagte:

„Es ist das geschichtliche Leid der Deutschen, dass Demokratie nicht von ihnen erkämpft wurde, sondern als letzte, als einzige Legitimierung ... kam, wenn der Staat in Katastrophen zusammengebrochen war. Das ist die Last, in der wir 1918 standen und auch heute wieder stehen: Das Fertigwerden mit den Vergangenheiten ... Wir Deutschen haben die Aufgabe, uns im politischen Raum zum Maß, zum Gemäßen zurückzufinden und in ihm unsere Würde neu zu bilden ...“

Diese knappe Analyse unserer Situation – es war ja erst wenige Jahre nach der sogenannten „Stunde Null“ – verstand ich als Herausforderung für meine eigene Orientierung: Aus den politischen Katastrophen der Vergangenheit und ihren Ursachen zu lernen und Konsequenzen zu ziehen als Grundvoraussetzung für die moralische Erneuerung aller Bereiche des Lebens und Zusammenlebens und damit für das Gelingen einer freiheitlichen Ordnung. Diese Herausforderung hat mich als junge, noch völlig unerfahrene Politikerin „von der Pike auf“ begleitet und geleitet und mein, über Parteigrenzen hinauswachsendes demokratiepolitisches Denken und Handeln auf Lebenszeit bestimmt. Mehr als einmal hat sie mich in (partei)politische Konflikte gebracht und über alle Parteiräson hinaus, statt zu einer „Parteisoldatin“ zu einer demokratiepolitisch orientierten Freiberuflerin gemacht – sozusagen zu einer „freischaffenden“ liberalen Demokratin.

Dabei habe ich natürlich – sei es als Stadträtin, Landtags- oder Bundestagsabgeordnete, als Regierungsmitglied oder Wahlkämpferin – immer auch viele konkrete politische Aufgaben übernommen und engagiert zu „meiner Sache“ gemacht, wie z.B. in der Bildungs-, Hochschul- und Kulturpolitik und sechs Jahre als Staatsministerin in der Außen- und Europapolitik. Über alle fachlichen Partei- und Parlamentsaufgaben rangierte jedoch immer das Wohl und Wehe unserer nicht „erkämpften“, jedoch seit 1949 durch eine geschriebene Verfassung geordneten und gebändigten freiheitlichen Demokratie, die mit Leben und Glaubwürdigkeit erfüllt werden musste. Dabei ging es mir immer um beides: Einmal um das Funktionieren unserer Demokratie als Staatsform und zum anderen, dass sie sich – anders als in der Weimarer Republik – auch zu einer umfassenden Lebensform entwickeln musste! Voraussetzung für beides war, dass wir – nach dem Rassen- und Größenwahn der NS-Doktrin – zum „Maß und Gemäßen, zur Menschlichkeit und Menschenwürde zurückfinden mussten. Diese beiden Einsichten

wurden für mich so etwas wie ein politisches Credo und in der Praxis zum zweiten Schwer- und Mittelpunkt meines Politikverständnisses und meiner Aktivitäten: Bereits in den 50er Jahren wirkte ich als junge bayerische Landtagsabgeordnete maßgeblich bei der Gründung einer im Landtag zunächst höchst umstrittenen parteiübergreifenden „Akademie für Politische Bildung“ mit. Nach dem Tod meines „politischen Ziehvaters“ Theodor Heuss gründete ich bereits 1964, zusammen mit Gleichgesinnten, die „Theodor-Heuss-Stiftung“ zur Förderung der Politischen Bildung und Kultur in Deutschland und Europa“, deren Tätigkeiten ich über 40 Jahre konzipiert und geleitet habe. – Schließlich initiierte ich in den 80er Jahren, zusammen mit dem bekannten Pädagogen Andreas Flitner, das „Förderprogramm für Schulen und Schüler: Demokratisch handeln“, das nun seit 18 Jahren alljährlich einen Wettbewerb für Demokratie-Projekte in der Schule fördert. In das Kapitel „gelebte parlamentarische Demokratie stärken“ gehören meine fast sechsjährigen Bemühungen – zusammen mit Kollegen aus allen Parteien (mit Ausnahme der CSU) – eine Parlamentsreform auf den Weg zu bringen mit dem Ziel, unterentwickelte Elemente einer echten Vertretung des Volkes zu verwirklichen (z.B. durch die Stärkung der Kontrollrechte des Parlaments gegenüber der Exekutive und des Petitionsrechts der Bürger gegenüber der Verwaltung. Vor allem aber lagen mir die einschlägigen Grundgesetzbestimmungen über die „Volksvertreter“ am Herzen, insbesondere das Gebot des Art. 38.1, der die Gewissensfreiheit des „an Aufträge und Weisungen nicht gebundenen Abgeordneten“ als „Vertreter des ganzen Volkes“ konstituiert. – Nicht zuletzt sei auch meine Mitarbeit in Bürgerinitiativen und Versöhnungs-Gemeinschaften wie z.B. der christlich-jüdischen Gesellschaft oder der „Friedendienste in der Aktion Sühnezeichen“ erwähnt. ... Damit genug. Seit Mitte der 90er Jahre befinde ich mich nun – wie es sich für eine echte Freiberuflerin gehört – in einer Art Alters-Teilzeit-Ruhestand, d.h. ich betätige mich hin und wieder politisch sozusagen als „Unruheständlerin“ oder Zeitzeugin.

Dies alles habe ich erzählt, nicht um mich wichtig zu machen, sondern um die Bandbreite meiner Demokratieaktivitäten und die Fülle meiner Erfahrungen zu veranschaulichen.

II. Über die Verfassung unserer Demokratie – Versuch einer Bestandsaufnahme

Damit komme ich zum zweiten Teil meiner Dankesrede, in dem ich (in gebotener Kürze) der Frage nachgehen möchte, ob und wenn ja, in welchem Umfang es uns in den 60 Jahren seit Kriegs- und Diktaturende gelungen ist, im Heuss'schen Sinne aus den „Erfahrungen des Scheiterns“ zu lernen und zum „Maß und Gemäßen“ gefunden zu haben? Er handelt vom Erreichten, aber auch von bedenklichen Entwicklungen.

Zunächst zum Erreichten: Im Rückblick auf die Anfänge und gemessen an den schier unvorstellbar hoffnungslosen Startbedingungen möchte ich unsere politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale „Auferstehung aus Ruinen“ als eine „wunderbare“, eine große historische Leistung bezeichnen. Angesichts der heutigen, oft unersättlichen Wohlstands-Ansprüche, können wir, die immer weniger werdenden Zeitzeugen an diese Anfänge nicht oft genug erinnern: Im Vergleich zur Weimarer Republik erweist sich unsere demokratische Staatsform als viel stabiler und belastbarer und zeichnet sich durch die Zuverlässigkeit und Bewährung des Rechtsstaates aus sowie durch die enormen sozialen Errungenschaften. Die friedliche nationale Vereinigung und die unumkehrbare Einbindung in Europa haben uns bei unseren Nachbarn Ansehen und Vertrauen verschafft und vor neuerlichem Großmachts- oder Vormachtsstreben bewahrt: Wir haben „zum Maß und Gemäßen“ gefunden, und dabei muss es auch bleiben! – Diese positive Bilanz, auf die wir zu Recht stolz sein dürfen, sollte uns jedoch nicht selbstzufrieden oder ignorant machen gegenüber so manchen Besorgnissen, die sich bei genauerer Betrachtung der Verfassungswirklichkeit und angesichts so mancher inhärenter Fehlentwicklungen und Deformationen einstellen.

Ich nenne einige: Zuerst und vor allem den offenkundigen Vertrauens- und Ansehensverlust der repräsentativen Parteiendemokratie bei immer mehr Bürgern, der sich in wachsender Parteien-, Politiker- und gelegentlicher Demokratieverdrossenheit sowie nachlassender Wahlbeteiligung bemerkbar macht und der demokratiefeindlichen rechts- und neuerlich auch verstärkt linksextremistischen Gruppierungen Auftrieb verschafft. Diese Entfremdungstendenzen geben m.E. Anlass zu ernster Besorgnis. Dennoch reagieren die Parteien auf diese und andere Alarmzeichen leider allenfalls punktuell, aber nicht prinzipiell und umfassend. Es mangelt an der Bereitschaft, den Ursachen auf den Grund zu gehen. Diese sind vor allem in der Deformation des Grundgesetzes in der Verfassungswirklichkeit auszumachen – im Auseinanderdriften zwischen dem Übergewichtigen und ausufernden Parteienstaat (obgleich nur etwa 3 1/2 Prozent der Wahlbevölkerung Mitglieder von Parteien sind) und der Unterentwicklung zivilgesellschaftlicher Initiativ-, Mitwirkungs- und Mitsprachemöglichkeiten, wie sie im Grundgesetz in den Artikeln 20.2 / 21 / 38.1 und 146 angelegt, aber in der Verfassungs-Realität niemals wirklich ausgeformt und vitalisiert wurden! Zwar bin ich kein uneingeschränkter Verfechter plebiszitärer Bürgerrechte auf Bundesebene, aber ich beklage die zu wenigen Initiativ- und Einspruchsmöglichkeiten für die Bürger z.B. durch eine spürbare Ausformung und Stärkung des Petitionsrechts gemäß Art. 17 GG. Dafür plädiere ich nachdrücklich! – Auch die Frage nach möglichen Modalitäten für eine Volkswahl des Staatsoberhauptes müssten gründlicher diskutiert und dürfte nicht gleich abgewiegelt werden.



Dr. Hildegard Hamm-Brücher
Klaus v. Gaffron
Martin Zeil, MdB
Dr. Wolfgang Heubisch



Dr. Hildegard Hamm-Brücher
Josef Kammermeier
Klaus v. Gaffron



Dr. Hildegard Hamm-Brücher
Christa Baumgartner
Josef Kammermeier

Um diesen und weiteren Entfremdungsprozessen und Fehlentwicklungen entgegen zu wirken, brauchen wir dringlich ein ganzes Paket „vertrauensbildender Maßnahmen“, die z.B. von einer Art „Royals Commission“, angesiedelt beim Bundespräsidenten, initiiert und erarbeitet werden könnten. – Damit allein ist es jedoch nicht getan! Voraussetzung für mehr Bürger- und weniger Parteiendemokratie ist die Einsicht, dass Demokratie mehr ist als die Summe politischer Parteien und ihrer Repräsentanten in den Parlamenten! – Demokratie, das ist die nicht vollendete Aufgabe, ein faires und ebenbürtiges Leben und Zusammenleben aller Bürger in einer verantwortungsbereiten Zivilgesellschaft zu ermöglichen und daran teilzuhaben. Und diese Aufgabe wird bisher nur sehr unvollkommen wahrgenommen – teilweise sogar sträflich vernachlässigt.

Zu den Defiziten gehören beispielsweise unsere bildungspolitischen Versäumnisse, die Verspätungen in der Migrations- und Integrationspolitik und die Vernachlässigung der Erziehung zu demokratischen Werten, Verhaltensweisen und gemeinschaftsstiftenden Spielregeln und Verantwortlichkeiten. Hierzu gehört auch der Verlust des Rechts- bzw. Unrechtsbewusstseins, also von Werten und Geboten, auch die unserer Verfassung. Ich weiß sehr wohl, dass dies alles in unserer globalisierten Welt sehr viel komplexer und komplizierter geworden ist, als die Väter der Verfassung ahnen konnten. Dennoch sollten wir uns bemühen, die Gefahren einer Erosion unseres freiheitlichen Wertesystems nicht länger zu übersehen.

Zur Verfassungswirklichkeit im Heuss'schen Sinne gehört schließlich auch der Umgang mit unserer jüngsten Geschichte – das „Fertigwerden mit den Vergangenheiten“. Hier haben wir uns, zwar sehr verspätet, aber in den letzten Jahren doch eindrucksvoll um eine glaubwürdige Erinnerungskultur bemüht und junge Menschen zur aktiven Teilnahme und Teilhabe ermutigt. Dennoch ist es bisher noch nicht ausreichend gelungen, dem neuerlichen Erstarken rechtsextremistischer, rassistischer und antisemitischer Kräften nachhaltig Paroli zu bieten. Die gerade wieder statistisch erfasste Zunahme rechtsextremistischer Straf- und Gewalttaten ist alarmierend und erfordert nicht nur eine aktivere Auseinandersetzung, sondern auch verstärkte politische Bildung und Erziehung im ganzen Schulwesen vom Kindergarten bis in die Berufsschulen. Hier geschieht einfach nicht genug.

III. Lob der inneren Freiheit

Damit möchte ich meine demokratiepolitische „tour d'horizon“ beenden mit einem nochmaligen Dank an alle, die an meiner Ehrung und dieser schönen Veranstaltung mitgewirkt haben! – Möge es Ihrem Verband und seinen Mitgliedern auch in Zukunft gelingen, nicht nur Ihre legitimen berufsständischen Interessen erfolgreich

zu vertreten, sondern auch als Mentoren freiheitlicher Denk- und Lebensformen am Wohl unserer Demokratie aktiv mitzuwirken. Bewahren Sie und hüten Sie die Freiheiten eines Freien Berufes, auch und vor allem durch die individuelle Bewahrung Ihrer inneren Freiheit. Sie begründet sozusagen „das Leben als Freien Beruf“.

Theodor Heuss hat dies seinerzeit zum Abschied vor seinem Amt so definiert: „... die innere Freiheit ist der köstlichste Besitz, den Gott den Menschen als Möglichkeit geschenkt hat und den als Aufgabe zu begreifen seine Würde bestimmt ...“



Dr. Hartmut L. Schwab
 Peter Knüpper
 Dr. Hildegard Hamm-Brücher



Jochen Scheithauer
 Dr. Fritz Kempter
 Dr. Hartmut L. Schwab
 Dr. Hildegard Hamm-Brücher



Dr. Fritz Kempter
 Eckhard Dittrich
 Dr. Hartmut L. Schwab
 Verena Hamm
 Peter Knüpper
 Dr. Hildegard Hamm-Brücher
 Rüdiger v. Esebeck
 Christa Baumgartner
 Dr. Wolfgang Heubisch
 Jochen Scheithauer
 Josef Kammermeier
 Klaus v. Gaffron

Vortrag



Tag der Freien Berufe am 11. Juli 2007 in München
Demokratie und Verbände – Zwischen Lobbyismus
und Gemeinwohl

Rechtsanwalt Peter Knüpper
Generalsekretär des Verbandes Freier Berufe
in Bayern e.V.

„Unter Lobbyismus versteht man eine Methode der Einwirkung auf Entscheidungsträger und Entscheidungsprozesse durch präzise Information im Rahmen einer festgelegten Strategie.“ Diese Definition findet, wer sich von Wikipedia schlau machen lässt, im Internet. Weiter heißt es – und diese Unterscheidung ist wichtig: „Es handelt sich hierbei um punktuelle Beeinflussungen spezifischer Sachentscheidungen und nicht um anhaltende Mitgestaltung der (staats-)politischen Rahmenbedingungen.“

2025 Verbände und deren Vertreter sind aktuell beim Deutschen Bundestag akkreditiert und auf einer Lobbyliste vermerkt: von A bis Z, von der ABDA bis zum Zweckverband ostdeutscher Bauverbände. Dort wird nicht unterschieden zwischen klassischen Lobbyisten, die Lobbying zum Beruf oder zum Gewerbe machen

und jenen, die in freier Selbstverwaltung die politischen Rahmenbedingungen in unserem Land mitgestalten.

Nur wer sich in diese Liste eingetragen hat, wird auf Basis der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages angehört. So werden wir, die Verbände der Freien Berufe, im Allgemeinen den Lobbyisten zugerechnet und sind es im engeren Sinne doch nicht, weil Lobbyismus nicht unser Geschäft ist.

Es mag an einer fehlenden Differenzierung von Mitgestaltung und Lobbyismus liegen, dass die Politik uns zunehmend als Lobbyisten abtut, ähnlich gering-schätzig häufig wie die öffentliche Meinung, für die Lobbyismus – so scheint es – fast etwas Unanständiges ist.

Beispiel Gesundheitspolitik: Wehren sich die Gesundheitsberufe gegen gesetzgeberische Initiativen, die zu einer zunehmenden Vergewerblichung beitragen, hat die Politik keine Skrupel, das Bild vom „Haifisch-Becken“ zu strapazieren und den Kritikern ihrer sogenannten Reformgesetze vorzuhalten, dass die Gesundheitsberufe ausschließlich eigene Interessen vertreten. Ist das nicht auch deren Aufgabe, fragt man sich verwundert? Welches Verständnis von Selbstverwaltung liegt dieser Kritik zu Grunde? Hat man Vergleichbares gehört, wenn die Gemeinden in der Vergangenheit über nachlassende Einnahmen klagten? Dramatisch wird die Situation dort, wo auf Basis der pauschalen Infragestellung von Legitimität und Legalität der Interessenwahrung gleich der Korporatismus – beispielsweise im Gesundheitswesen – insgesamt in Frage gestellt wird.

In seinem Gutachten aus dem Jahr 2005 äußert der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen Zweifel an der Leistungsfähigkeit der korporativen Koordination.

Vergleichbare Kritik findet sich im sechzehnten Hauptgutachten der Monopolkommission 2004/2005. Unter der Überschrift: „Mehr Wettbewerb auch im Dienstleistungssektor“ liest man, dass eine Berufung auf besondere gesellschaftliche Ziele für spezifische Berufsregeln nicht ausreichend sei. „Vielmehr muss nachgewiesen werden, dass eine Regelung das fragliche Ziel tatsächlich fördert und diese positiven Auswirkungen der Regelung ihre negativen Folgen überwiegen.“ War es nicht der Verfassungsgeber selbst, der in Art. 12 GG die Regulierung Freier Berufe durch Gesetz in Gang gesetzt hat? Manche unserer Mitglieder haben gar keine Mühe, sich über die von ihrer Selbstverwaltung oder auch vom Gesetzgeber – etwa in Gestalt des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb – hinwegzusetzen. Wollen wir deshalb – polemisch gefragt – den Wettbewerb gegen das Gemeinwohl setzen?

Nein, die Freien Berufe müssen diesen Nachweis führen, müssen sich, wenn wir uns bei der Ausübung unserer Berufe und Vertretung unserer Belange auf das Gemeinwohl berufen, mit dieser Frage auseinandersetzen, weil wir der Gesellschaft Antwort schulden, wie wir das verstehen. Und das ist nicht einfach.

Gemeinwohl – das klingt verstaubt, altbacken, uncool. Zählt der Begriff bald zu den Wörtern, die der Duden streicht, weil sie aus dem Sprachgebrauch entschwinden?

Viel zeitgemäßer klingt zum Beispiel „Karma-Kapitalismus“. Nach Professor Norbert Bolz, Kommunikationswissenschaftler an der TU Berlin, die „tiefgreifende Spiritualisierung der Wirtschaft“, die das Produkt, den Kunden und das Unternehmen gleichermaßen betrifft. Markenzeichen: „Die private Produktion öffentlicher Güter“.

Erkennen Sie sich darin wieder als Arzt, Anwalt, Architekt oder Künstler?

Trendforscher Bolz hilft bei der Selbstfindung: „Das erfolgreiche Produkt ist nicht nur technisch-sachlich von hervorragender Qualität, sondern vermittelt auch einen spirituellen Mehrwert. Der moderne Kunde will nicht nur befriedigt und verführt, sondern auch verändert werden.“ Mehr noch: „Das Unternehmen der Zukunft macht nicht nur Profit, sondern übernimmt auch soziale Verantwortung.“ Im Zentrum steht die Mission „We care“!

Menschenfreundlichkeit als Geschäftsmodell? Gemeinwohlorientierung als Kapitalanlage? Ethical shopping auch bei Dienstleistungen Freier Berufe? Herzlich willkommen in der Welt der Phrasen und Emphasen! Sollten wir unser Verbands-Marketing nicht entsprechend anpassen?

Nein, das mit dem Gemeinwohl ist eine ernste Sache. Also: Machen wir es uns nicht zu leicht!

Im Jahr 2003 hat der damalige Kardinal Joseph Ratzinger in einer „Lehrmäßigen Note“ der Kongregation für die Glaubenslehre darauf hingewiesen, dass die Laien nicht darauf verzichten können, sich in die „Politik“ einzuschalten. Dies beinhaltet „die Förderung und Verteidigung von Gütern wie öffentliche Ordnung und Frieden, Freiheit und Gleichheit, Achtung des menschlichen Lebens und der Umwelt, Gerechtigkeit, Solidarität usw.“

Auch wenn Christen in der Politik entsprechend ihrer eigenen Überzeugungen bezüglich des Gemeinwohls handeln, – das Eintreten für das Gemeinwohl hat nicht nur eine wohlfahrtsstaatliche Komponente, es bedeutet Einheit und Kohärenz zwischen Glauben und Leben.

Wem das zu weit geht oder zu eng ist, dem sei der Gedanke nahe gelegt, dass das Wohl des Einzelnen ontologisch und metaphysisch, so der Sozialphilosoph Johannes Messner, als Teil des Wohles des gesellschaftlichen Ganzen besteht. Erst durch das Anteilhaben an dieser neuen Wirklichkeit gelangt der Mensch zur Vollwirklichkeit des Kulturlebens.

Dabei ist zu unterscheiden zwischen den Wertgütern des Gemeinwohls und seinen Mitteln. Zu den Wertgütern zählen – so Messner – Ordnung und Frieden, verbürgte Freiheit, die Ermöglichung von Selbstverantwortung und „eigenkräftiger Erfüllung der wesenhaften Lebensaufgaben“, der Gesundheitszustand der Gesellschaft, die Sicherung der wirtschaftlichen Lebensgrundlagen für diese und die nächstfolgende Generation. Den Mitteln ordnet Messner u.a. das Rechtssystem, das öffentliche Erziehungswesen, das öffentliche Gesundheitswesen, die sozialen Wohlfahrtseinrichtungen und öffentliche Versorgungseinrichtungen zu.

Dabei ist die Gemeinwohlordnung als Freiheitsordnung dynamisch und nicht statisch. Messner sagt: „Das Gemeinwohl ist Wirklichkeit nur in ständiger Neuverwirklichung.“ Dieser dynamische Ansatz begreift das Gemeinwohl auch als treibende Kraft im sozialen Fortschritt.

Ein weiterer Aspekt des Gemeinwohls: Es ist Aufbau- und Gliederungsprinzip der Gesellschaft. Mit der Verwirklichung ihrer Gemeinwohlordnung erlangt die Gesellschaft einen Teil der Schönheit des Universums, so Augustinus: „nihil enim est ordinatum, quod non sit pulchrum“.

Die katholische Kirche sieht den Staat als Hüter des Gemeinwohls. In seiner Enzyklika *rerum novarum* stellt Papst Leo XIII. 1891 mit Blick auf die Situation der Arbeiterschaft fest, dass darin eine Aufgabe der Staatsklugheit und die besondere Pflicht der Staatsführer liege. Dennoch – so der Papst – müssten alle Bürger ohne Ausnahme zur allgemeinen Wohlfahrt beitragen. Später wird der Gedanke in *quadragesimo anno* (1931) im Hinblick auf die berufsständische Ordnung fortentwickelt. Hier findet sich ein klares Bekenntnis zum Auftrag berufsständischer Vereinigungen, neben der Wahrnehmung eigener Interessen am allgemeinen Wohl mitzuwirken.

Dass die Freien Berufe in besonderer Weise Sachwalter von Gemeinwohl-Belangen wurden, folgt aus ihrer Historie. Es war der (absolute) Staat, der nach und nach Aufgaben auf diese Berufe übertrug. Natürlich waren es auch Ärzte und Advokaten, die sich diesen Teil der Freiheit suchten, sodass wir sie „Kinder des Liberalismus“ nennen dürfen.

Von der staatlichen Gemeinwohlverpflichtung spricht das Bundesverfassungsgericht auch bei seiner jüngsten Entscheidung zur Pflicht der Abgeordneten des

Deutschen Bundestages zur Bekanntgabe von Einkünften neben dem Mandat. Auch dies wird im Gemeinwohlgedanken verankert. Gleiches gilt für die Verlagerung staatlicher Aufgaben auf die Berufsvertretung – hier insbesondere in Gestalt der Selbstverwaltungskörperschaften. Vergleichbar mit der Sozialpflichtigkeit des Eigentums, dessen Gebrauch „dem Wohle der Allgemeinheit dienen“ soll, Art. 14 Abs. 1 S. 2 GG, geht es bei der freien Berufsausübung nach unserer Verfassungsordnung um ein Freiheitsrecht im Spannungsfeld zwischen liberal-naturrechtlicher Begründung und sozialer Funktion (Sachs).

Unsere Tätigkeit als Ärzte und Anwälte, Architekten und Künstler, Steuerberater und Ingenieure bezieht sich – so fasst Taupitz zusammen – „auf soziokulturelle Werte, die von zentraler Bedeutung für das Wertesystem der Gesellschaft sind, wie Gesundheit, Freiheit, Gerechtigkeit, Moral, humane Umwelt“. Es sind „staatlich gebundene Vertrauensberufe“, sagt das Bundesverfassungsgericht, die zur Wahrung zentraler Gemeininteressen besonders verpflichtet sind. Daraus rührt ihre besondere Stellung. Wer dies in Frage stellt, stellt die Freiberuflichkeit ebenso in Frage. Es sei denn, man ginge so weit, auch dem Staat die Garantenpflicht für die hier genannten Werte abzusprechen.

Nun wäre es blauäugig, die Erosion dieser Werte, wie auch den wieder zunehmenden Einfluss des Staates auf die freie Berufsausübung und damit auf die unabhängige und treuhänderische Wahrnehmung von Gemeinwohlbelangen, nicht zur Kenntnis zu nehmen. Auch muss die Frage gestellt werden, wie wir es selbst mit der Gemeinwohl-Verpflichtung halten, indem wir beispielsweise eigene wirtschaftliche Interessen zurückstellen, wo es um die Interessen unserer Patienten, Mandanten und Klienten geht.

Marion Dönhoff, Meinhard Miegel, Wilhelm Nölling, Edzard Reuter, Helmut Schmidt, Richard Schröder und Wolfgang Thierse haben 1992 in ihrem Manifest „Weil das Land sich ändern muss“ geschrieben: „Von Gemeinwohl spricht keiner mehr – dafür soll gefälligst der Staat aufkommen. Der Bürger sorgt für sich selbst, die meisten denken an nichts anderes, als an ihr eigenes Wohlergehen.“ Und weiter: „Das Zurücktreten der moralischen, kulturellen und geistigen Werte hinter praktischen Leistungen und beruflichen Erfolgen, die primär in Geld gemessen werden, ist schon heute das traurige Zeichen unserer Zeit.“ Dass Europa vor allem durch geistige Werte charakterisiert war, sollte – so eine Forderung dieses Manifests – nicht vergessen werden.

Blauäugig wäre es auch, zu verkennen, dass Viele in den Freien Berufen von ihrem Beitrag für das Gemeinwohl alleine nicht leben können. Ist es da unanständig, auch auf die eigenen Bedürfnisse hinzuweisen? Karl Homann schreibt in seiner in

diesem Jahr vom Roman Herzog Institut verlegten Schrift „Ethik in der Marktwirtschaft“: „Markt und Wettbewerb, Privateigentum und Gewinnstreben finden ihre ethische Rechtfertigung allein in den wohltätigen Systemwirkungen, die von ihnen auf alle Menschen ausgehen.“ Dürfen, nein müssen Freiberufler in diesem Sinne nicht auch nach Gewinn streben?

Der Bogen für die Diskussion ist weit gespannt. Wir selbst und unsere Organisationen, auch der VFB als Dachverband, wir müssen uns darüber klar werden, wo wir als Freie Berufe in dieser Gesellschaft stehen, wie uns die Gesellschaft sieht und wo wir der Gesellschaft dienen können. Dabei wird es auch von uns selbst, von unseren Organisationen und Zusammenschlüssen abhängen, wie glaubwürdig wir diesen Part zwischen legitimer Interessenvertretung und der Wahrnehmung von Gemeinwohlbelangen spielen.

Platon hat in seiner Politeia sinngemäß behauptet, es sei den Philosophen vorbehalten, über das Gemeinwohl nachzudenken, weshalb diese dann auch die Geschicke des Staates lenken sollten. Nachdem wir erkennbar keine Philosophen an der Spitze des Gemeinwesens haben, müssen wir einfachen Bürger eine gemeinsame Standortbestimmung vornehmen, welche Gemeinwohlbelange uns bewegen und welche Rolle die Verbände der Freien Berufe dabei übernehmen können.

„Die Suche nach dem Gemeinwohl muss eine Priorität sein, die vor allem für die Verantwortungsträger auf jeder Ebene der Gesellschaft verbindlich ist.“ (Papst Benedikt XVI.)

Abgebildete Personen in alphabetischer Reihenfolge

Christa Baumgartner

Vizepräsidentin des Verbandes Freier Berufe in Bayern e.V.

Eckhard Dittrich

Vizepräsident des Verbandes Freier Berufe in Bayern e.V.

Rüdiger v. Esebeck

Vizepräsident des Verbandes Freier Berufe in Bayern e.V.

Klaus v. Gaffron

Vizepräsident des Verbandes Freier Berufe in Bayern e.V.

Verena Hamm

Dipl.-Psychologin

Dr. Dr. h.c. Hildegard Hamm-Brücher

Staatsministerin a.D., Preisträgerin

Dr. Wolfgang Heubisch

Präsident des Verbandes Freier Berufe in Bayern

Josef Kammermeier

Vizepräsident des Verbandes Freier Berufe in Bayern e.V.

Dr. Fritz Kempter

Vizepräsident des Verbandes Freier Berufe in Bayern e.V.

Laura Knüpper

Studentin

Peter Knüpper

Generalsekretär des Verbandes Freier Berufe in Bayern e.V.

Arno Metzler

Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Freien Berufe

Professor Dr. Dr. Eckhard Nagel, Universität Bayreuth

Lehrstuhl für Medizinmanagement und Gesundheitswissenschaften

Jochen Scheithauer

Bildhauer

Dr. Hartmut L. Schwab

Vizepräsident des Verbandes Freier Berufe in Bayern e.V.

Martin Zeil, MdB

Generalsekretär der FDP Bayern

Verband Freier Berufe in Bayern e.V.
Türkenstraße 55, 80799 München
Tel. 0 89/272 34 24, Fax 0 89/272 34 13
info@freieberufe-bayern.de
www.freieberufe-bayern.de